

**Aktuelle Entwicklungen Politisch motivierte
Kriminalität -rechts-
und
Vorstellung der Untersuchung
„NPD-Wahlmobilisierung und politisch
motivierte Gewalt“
des Hannah-Arendt-Instituts der
Technischen Universität Dresden**

Vortrag

BKA-Präsident Jörg Ziercke

Bundespressekonferenz

17. Dezember 2009, 10:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Prof. Backes,

ich freue mich sehr, dass wir Ihnen heute aktuelle Trends zu politisch motivierter Kriminalität im Bereich -rechts- und die Ergebnisse eines Forschungsprojekts vorstellen können – ein Projekt, das das Hannah-Arendt-Institut der Technischen Universität Dresden im Auftrag des Bundeskriminalamts durchgeführt hat.

Danken möchte ich an dieser Stelle Herrn Prof. Backes und seinen Mitarbeitern – für das von Ihnen geleistete Engagement und Ihre Bereitschaft, die Forschungsergebnisse heute gemeinsam der Öffentlichkeit zu präsentieren und sich Ihren Fragen zu stellen.

Ausdrücklich danken möchte ich darüber hinaus den Innenministern von Sachsen und Nordrhein-Westfalen für die Unterstützung des Projekts.

Anrede

Um rechter Kriminalität adäquat begegnen zu können, um neue Entwicklungen und Brennpunkte möglichst frühzeitig erkennen und so entsprechend gegensteuern zu können – Stichwort Früherkennung –, benötigen wir valide Erkenntnisse zu Ursachen und Erscheinungsformen rechter Kriminalität – Erkenntnisse, die uns die Studie des Hannah-Arendt-Instituts gibt. Über welches Gefahren- und Gewaltpotenzial sprechen wir?

Das rechtsextremistische Potenzial in Deutschland belief sich dem Verfassungsschutz zufolge im vergangenen Jahr auf 30.000 Personen, von denen ein erheblicher Teil – nämlich fast ein Drittel – als gewaltbereit eingestuft wird.

Im Jahr 2008 wurde mit über 20.000 polizeilich gemeldeten Straftaten Politisch motivierter Kriminalität (PMK) -rechts- der höchste Wert rechtsmotivierter Kriminalität seit Einführung einer neuen polizeilichen Zählweise im Jahr 2001 registriert. In den vergangenen Jahren haben sich die Fallzahlen nahezu kontinuierlich gesteigert. Auch im Jahr 2009 zeichnet sich eine ähnlich hohe Tendenz ab. Da die uns derzeit vorliegenden Zahlen noch vorläufig sind – erfahrungsgemäß wird es gerade gegen

Ende des Jahres noch zu weiteren Nachmeldungen kommen – bitte ich um Verständnis, dass ich hier nur über erste Tendenzen sprechen kann.

Den Schwerpunkt rechtsmotivierter Straftaten bilden seit Jahren Propagandadelikte mit einem Anteil von durchschnittlich zwei Dritteln (zwischen 2002 und 2009 im Schnitt 68%). Gerade das Internet ist ein vielgenutztes Tatmittel zur Verbreitung rechter Propaganda, insbesondere über ausländische Server.

Bundesweit stellen wir durchgängig einen hohen und stabilen Anteil von rechten Gewaltdelikten fest: zwischen 2002 und 2008 im Durchschnitt etwa 6 %. Im vergangenen Jahr wurden 1.113 Gewaltdelikte registriert. Das bedeutet im Schnitt zwei bis drei rechte Gewalttaten pro Tag. Pro Monat ereignen sich drei bis vier antisemitisch motivierte Gewaltdelikte. Auch im laufenden Jahr müssen wir mit einem nahezu ähnlich hohen rechten Gewaltaufkommen rechnen. Schwerpunkte sind dabei "Konfrontation/Politische Motivation", "Hasskriminalität" und "Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus".

Innerhalb der rechten Gewaltdelikte dominieren seit Jahren mit Abstand die Körperverletzungsdelikte: Zwischen 2002 und 2008 betrug der Anteil der Körperverletzungsdelikte an den Gewaltdelikten durchschnittlich 85 %. Im Jahr 2008 wurden 955 Körperverletzungsdelikte registriert; auch im laufenden Jahr liegt hier der Schwerpunkt der Gewaltdelikte.

Die Mehrzahl der Gewaltdelikte wird im öffentlichen Raum verübt (75 %), insbesondere auf Straßen bzw. Plätzen, an Bahnhöfen/Haltestellen und im Umfeld gastronomischer Betriebe – und berührt damit in besonderer Weise das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Da rechte Gewalt überwiegend spontan erfolgt und sich immer wieder durch besondere Brutalität und Gewaltexzesse auszeichnet, bestehen hier besondere Gefahren für Leib und Leben potentieller Opfer.

Insgesamt 47 Todesopfer „rechter Gewalt“ wurden seit der Wiedervereinigung 1990 registriert. Allein im Jahr 2008 kam es zu zwei vollendeten und vier versuchten Tötungsdelikten. Zum Mord an der Ägypterin Marwa Ali El-Sherbini am 1. Juli 2009 kommen bislang fünf versuchte Tötungsdelikte mit rechts motiviertem Hintergrund im Jahr 2009 hinzu.

Angesichts dieser erschreckenden Entwicklung muss uns mehr denn je die Frage interessieren: Welche Ursachen beeinflussen die Entstehung und Entwicklung rechter Gewalt? Und wie unterscheidet sich rechte von linker Gewalt?

Anrede

Was wissen wir konkret über die regionale Verteilung rechts motivierter Kriminalität? In absoluten Zahlen liegt der Schwerpunkt rechts motivierter Kriminalität nach wie vor in den alten Bundesländern; gemessen an der Einwohnerzahl verhält es sich jedoch umgekehrt. Gemessen an der Einwohnerzahl waren im Jahr 2008 insbesondere Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin belastet.

Laut Verfassungsschutz liegen die Schwerpunkte der rechtsextremistischen Skinhead-Szene in einigen Regionen im Osten Deutschlands, allerdings auch in Ballungsgebieten im Westen Deutschlands wie dem Ruhrgebiet. In den letzten Jahren haben wir eine anhaltende Abkehr von der klassischen Skinhead-Subkultur festgestellt – andere rechte Jugend-Subkulturen setzen sich weiter durch. Ein Teil des Milieus findet sich in der neuen Aktionsform „Autonomer Nationalismus“ wieder.

Für uns ist wichtig zu wissen: Welche Merkmale kennzeichnen die Regionen mit besonders hoher Konzentration rechter Gewalt? Lassen sich diese Regionen weiter spezifizieren? Und wie unterscheidet sich die regionale Verteilung rechter und linker Gewalt?

Anrede

Neben fremdenfeindlicher Gewalt hat sich die erbitterte und gewaltsame Bekämpfung der linken Szene, d. h. militanter Gruppen und deren Antifaschismus-Kampagnen, zu einem Aktionsfeld der rechten Szene mit bemerkenswerter Intensität und einem immer aggressiveren Auftreten entwickelt.

Über die Jahre haben die Fälle von rechter Gewalt, die aus einer politischen Motivation heraus – d. h. gegen den Staat oder den politischen Gegner – begangen werden, immer weiter zugenommen: zwischen 2002 und 2008 um 40 % auf 667 Fälle. Auch im laufenden Jahr liegt hier ein Schwerpunkt politisch rechts motivierter Kriminalität.

Im Jahr 2008 gab es insgesamt 402 Fälle von Gewaltdelikten „rechts“ gegen „links“; auch im laufenden Jahr müssen wir mit einem ähnlich hohen Niveau rechnen. Allerdings beobachten wir, dass Konfrontationsgewalt grundsätzlich häufiger von Linksextremisten gegenüber Rechtsextremisten verübt wird. 2008 gab es 504 Gewaltstraftaten „links gegen rechts“; eine vergleichbare Tendenz ist für 2009 zu erwarten.

Neben der Konfrontation Rechter gegen Linke hat sich eine weitere Aktionsform etabliert – die der sogenannten „Autonomen Nationalisten“ – eine Strömung innerhalb der rechten Szene, die mittlerweile ein fester Bestandteil des neonazistischen Lagers geworden ist und bei Demonstrationen offen ihre Gruppenzugehörigkeit demonstriert (Stichwort „Schwarzer Block“). Anhänger der Autonomen Nationalisten sind dem aktionsorientierten Rechtsextremismus zugehörig. Autonome Nationalismus überschneidet sich unter anderem mit den Aktionsformen der „Freien Kräfte“, „Autonomen Kameradschaften“ und „Nationalen Sozialisten“.

Nicht nur bei rechten Demonstrationen beobachten wir ein gestiegenes Selbstbewusstsein, eine hohe Gewaltbereitschaft und eine Anpassung an Aktionsmuster der linken autonomen Szene. Die Folge: Oftmals kann nur ein massives Polizeiaufgebot schwere Zusammenstöße zwischen gewaltbereiten Rechten und Linken verhindern – ein Phänomen, das auch in diesem Jahr vor allem im Zusammenhang mit Aktionen zum 1. Mai deutlich wurde – und, wie die jüngsten Erfahrungen zeigen, auch eine erhebliche Gefährdung der eingesetzten Polizeikräfte bedeutet.

Angesichts dieser Feststellungen stellt sich für uns die Frage, welche Ursachen es für Ausmaß und Wirkungsrichtung von rechter und linker Konfrontationsgewalt gibt. Schiebt linke Gewalt rechte Gewalt an oder verhält es sich umgekehrt?

Anrede

In der Landschaft des deutschen Rechtsextremismus spielt die radikalisierte Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) seit nunmehr über zehn Jahren auch angesichts zahlreicher Wahlerfolge auf regionaler und kommunaler Ebene eine herausragende Rolle.

Obgleich von Spannungen und Misstrauen geprägt, gibt es eine kontinuierliche enge Kooperation zwischen Teilen rechtsextremistischer gewaltbereiter Subkulturen und rechten Parteien. So ist die NPD einerseits um Akzeptanz in der breiten Bevölkerung bemüht, daher läuft das teilweise martialische Auftreten der rechten Szene diesen Bestrebungen entgegen. Gleichwohl wird die rechte Szene gerne von der NPD für Ordnerdienste und Ähnliches genutzt. Die Szene wiederum wirft der NPD vor, Ziele nicht eindeutig und klar genug nach außen zu vertreten. Dieses Spannungsverhältnis zeigt sich auch bei der Besetzung von Posten innerhalb der NPD.

Das Forschungsprojekt sollte vor allem auch der Frage nachgehen, ob es Zusammenhänge zwischen Wahlerfolgen rechtsextremistischer Parteien und dem Gewalthandeln rechtmilitanter Szenen gibt; und ob es Wechselwirkungen zwischen den Wahlerfolgen rechter Parteien und Konfrontationsgewalt zwischen Rechts- und Linksextremisten gibt.

Sehr geehrter Herr Prof. Backes,

ich darf nun an Sie übergeben und Sie bitten, uns die Ergebnisse des Forschungsprojekts vorzustellen.

Anrede

Welche Konsequenzen können wir angesichts der von Prof. Backes präsentierten Forschungsergebnisse ziehen?

Die Studie zeigt:

1. Wahlerfolge der NPD können eine mobilisierende Wirkung auf die rechte Szene haben. In diesem Zusammenhang müssen wir auch mit einer stärkeren

Konfrontation linker und rechter Gruppierungen rechnen. Die ist sowohl polizeistrategisch als auch polizeitaktisch relevant: Wahlkampfveranstaltungen und Aufzüge rechter und linker Gruppen an Orten, in denen der jeweilige politische Gegner nach Erkenntnislage von Polizei und Verfassungsschutz präsent ist, müssen die Polizei zu erhöhter Wachsamkeit veranlassen.

2. Es gibt Hinweise auf Bezüge zwischen NPD und gewaltbereiter rechter Szene. Feststellbar waren zwar keine strukturellen im Sinne institutionalisierter Verbindungen. Wohl aber sind einzelne Mitglieder der NPD in rechtsextremistisches Gewalthandeln involviert bzw. treten als Täter in Erscheinung. Allerdings lässt sich daraus keine „NPD-Gewaltstrategie“ ableiten. Das Anliegen der NPD, sich eine breite Unterstützung innerhalb der Bevölkerung zu sichern, soll eher über einen Gewaltverzicht erreicht werden. Offen ist, ob eine politische Einbindung der gewaltbereiten rechten Szene deren Gewaltbereitschaft reduziert oder sich nur in dem Sinne auswirkt, dass sie Gewalt gezielter zu politischen Zwecken einsetzt.
3. Die Studie zeigt auch, dass so genannte Hassmedien – rechtsextremistische Musik und Cyberhate-Materialien – der bedeutendste Einflussfaktor für rechtsextremistische Ideologisierung sind und dass sie Gewalthandeln stimulieren. Dies deckt sich mit unseren Erkenntnissen: Bei den über 500 im Jahr 2008 geführten Ermittlungsverfahren i. Z. m. inkriminierten Tonträgern bestand in fast 100 Fällen eine antisemitische Motivation (volksverhetzende Inhalte). Auch in diesem Bereich rechnen wir für das Jahr 2009 mit ähnlich hohen Fallzahlen. Deshalb muss die kontinuierliche Beobachtung rechter Aktivitäten im Internet ein Schwerpunkt der Sicherheitsbehörden bleiben. Ziel muss sein, rechten Straftätern ihre Propaganda-Plattformen im Internet zu entziehen.
4. Ein Ansatzpunkt für Polizeistrategien ergibt sich auch aus dem Befund der Untersuchung, dass Mehrfach- und Intensivtäter eine wichtige Rolle spielen. In einigen Brennpunkten rechter Gewalt üben einzelne Personen und Tätergruppen einen erheblichen Einfluss auf die Gewaltdynamik einer Region aus. Um zu verhindern, dass sich solche Gruppen heranbilden und verfestigen können, müssen derartige Konstellationen frühzeitig erkannt werden, um polizeilich und justiziell reagieren zu können. Sicherheitsbehörden wie auch Sozialbehörden müssen sich daher verstärkt gemeinsam im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der

Prävention auf die Kerngruppe der Mehrfach- und Intensivtäter konzentrieren.

„Gefährder“ müssen gezielt angesprochen werden, um sie aus der rechten Szene zu lösen.

5. Je nach regionaler Verteilung rechtsextremer Gewalt benötigen wir unterschiedliche Bekämpfungskonzepte.
6. Wir müssen weiter in Aussteigerprogramme investieren. Bisherige Erfahrungen zeigen: Der betreute Personenkreis ist jung (ca. 24 Jahre alt), verfügt über ein geringes Qualifikationsniveau, kommt aus schwierigen Familienverhältnissen und ist in der Regel einschlägig straffällig geworden (über die Hälfte war inhaftiert). Während der Betreuungszeit kommt es nur in Einzelfällen zu erneuter Straffälligkeit, was als deutliches Erfolgskriterium angesehen werden kann.
7. Ganz entscheidend ist: Die Untersuchung stellt fest, dass konsequente Strafverfolgung deeskalierend wirkt. Auch der relativ hohe Anteil von Taten, bei denen Gewalt – insbesondere von rechten Gewalttätern – akut lebensbedrohlich eingesetzt wird und es lediglich von Zufall abhängt, ob es zu tödlichen Verletzungsfolgen kommt oder nicht, macht deutlich, wie wichtig eine konsequente Strafverfolgung ist.
8. Wir müssen die Strategie „Politisch motivierte Kriminalität“ weiterentwickeln. Zu berücksichtigen ist, dass sich das kriminelle Geschehen in linken und rechten Szenen auch über die Konfrontation mit dem politischen Gegner entlädt. Die Veränderungsdynamik im Bereich der PMK -rechts- ist letztlich nur bei gleichzeitiger Betrachtung der PMK -links- zu verstehen und umgekehrt.